

# Pressemitteilung

## **#PapuanLivesMatter**

Westpapua-Netzwerk und Vereinte Evangelische Mission fordern die indonesische Regierung dazu auf, Rassismus gegen Papuas zu beenden

(Wuppertal, 23. Juni 2020). Im Zuge der Anti-Rassismus-Demonstrationen in den USA, nach dem durch Polizeigewalt verursachten Tod von George Floyd und der weltweiten aktuellen Aufmerksamkeit für dieses Thema, sind das Westpapua-Netzwerk (WPN) und die Vereinte Evangelische Mission (VEM) besorgt über den anhaltenden Rassismus gegenüber indigenen Papuas und machen auf die Bedeutung der Kampagne **#PapuanLivesMatter** aufmerksam. Das Westpapua-Netzwerk und die VEM fordern die indonesische Regierung dazu auf, wirksame Maßnahmen gegen Rassismus in Westpapua zu ergreifen und die Menschenrechte der Papuas zu fördern und zu schützen.

**#PapuanLivesMatter** setzt wie **#BlackLivesMatter** den Fokus auf den allgemeinen Schutz der Menschenrechte und **fordert ein Ende der rassistisch motivierten Polizei- und Militärgewalt in Westpapua**. In Westpapua existiert seit vielen Jahrzehnten eine Form von Rassismus, die sich in täglicher Gewalt und Ungleichbehandlung widerspiegelt. Indigene Papuas sind in der Ausübung ihres international geschützten Rechts auf freie Meinungsäußerung massiv eingeschränkt, werden unrechtmäßig inhaftiert und sind regelmäßig Opfer von physischer Polizei- und Militärgewalt. Sie werden von West-Indonesiern aufgrund ihrer dunkleren Hautfarbe als „Schwein“, „Tier“, „Affe“ und „Hund“ bezeichnet und diskriminiert. Es kommt jedes Jahr zu mehreren Tötungen unbewaffneter Zivilisten unter den Papuas durch indonesische Sicherheitskräfte.

Im August 2019 führte ein Polizeieinsatz unter unverhältnismäßig eingesetzter Gewalt gegen 43 papuanische Studenten zu landesweiten Anti-Rassismus-Protesten. Ausbrüche von rassistisch motivierter Gewalt zwischen indigenen Papuas und Migranten sowie gewalttätiges Einschreiten von Sicherheitskräften bei Demonstrationen hatten in weniger als einem Monat insgesamt 59 Todesopfer gefordert. Die Gerichtsprozesse nach den Unruhen vermochten es nicht, Gerechtigkeit für die Mehrzahl der Opfer und deren Familien herzustellen. Unverhältnismäßig niedrige Strafen für die Täter, die strafrechtliche Verfolgung von Demonstranten sowie die Kriminalisierung von politischen Aktivistinnen und Menschenrechtsverteidigern verstärkten bei vielen Papuas bereits bestehende Gefühle von Wut und Ärger.

Derzeit befinden sich noch über 50 unrechtmäßig inhaftierte Papuas in Haft. Obwohl die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte fordert, politische Gefangene während der Corona-Krise frühzeitig zu entlassen, kommt die Zentralregierung in Jakarta dieser Forderung nicht nach.

---

## **Vereinte Evangelische Mission**

Dr. Martina Pauly

Rudolfstraße 137 · D-42285 Wuppertal

Fon +49 (0)202 89004-135 · Fax +49 (0)202 89004-179

[Pauly-m@vemission.org](mailto:Pauly-m@vemission.org) · [www.vemission.org](http://www.vemission.org)

In einem Brief vom 12. Juni 2020 haben sich auch die Religionsführer in Papua an den indonesischen Präsidenten Joko Widodo gewandt. Darin fordern sie im Blick auf die Ungleichbehandlung von Papuas, besonders in den laufenden Gerichtsverfahren, „dass der Staat präsent ist und eine ernsthafte Rolle bei der Beseitigung von Rassismus und der fairen und würdigen Einhaltung der Gesetze spielt“. „Rassismus gegen Papuas muss beendet werden, um langfristige politische Stabilität und Sicherheit speziell in Papua und in Indonesien im Allgemeinen zu erreichen“, heißt es in dem Brief der Religionsführer in Papua, der auch von Andrikus Mofu, Vorsitzender der Protestantischen Kirche in Papua (GKI-TP) – eine Mitgliedskirche der VEM - unterzeichnet ist und in dem sie sich für Frieden in Papua aussprechen.

Die indonesische Regierung hat es bisher versäumt, sinnvolle Maßnahmen gegen die Marginalisierung indigener Papuas zu ergreifen, klare Zeichen gegen Rassismus zu setzen und mit Vertretern und Vertreterinnen der Papuas in einen Dialog zu treten, um eine friedliche Lösung des politischen Konflikts in Westpapua zu finden. Trotz jahrelanger Kritik hat Indonesien keine erkennbaren Schritte unternommen, rassistische Tötungen durch die Polizei zu beenden und die Täter angemessen zur Verantwortung zu ziehen.

Die VEM und das Westpapua-Netzwerk verurteilen das repressive Vorgehen der indonesischen Sicherheitskräfte gegenüber der indigenen Papuabevölkerung und sind besorgt, dass die rassistischen Vorfälle gegenüber indigenen Papuas weiter zunehmen. Beide Organisationen erinnern die indonesische Regierung an ihre Verantwortung als Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen und als Vertragsstaat des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, die Menschenrechte auf nationaler Ebene zu fördern und zu schützen. Die indonesische Regierung wird dazu aufgefordert, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um sämtliche Formen der Gewalt gegenüber der indigenen Papuabevölkerung, insbesondere durch die Sicherheitskräfte, zu verhindern und zu beenden. Das Westpapua-Netzwerk und die VEM appellieren an die indonesische Regierung, in einen Dialog mit Vertretern und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft einzutreten, unter Beteiligung und Mediation einer von beiden Seiten anerkannten unabhängigen Institution, um bestehende Konflikte friedlich zu lösen und den Schutz der Menschenrechte für die Papuas zu verwirklichen.

*Für weitere Fragen oder Interviews erreichen Sie das Sekretariat des Westpapua-Netzwerk unter 0202 / 89004 170 oder per Mail an [wpn@westpauanetz.de](mailto:wpn@westpauanetz.de)*

*Das Westpapua-Netzwerk setzt sich seit den 90er Jahren für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte in Westpapua ein. Das Westpapua-Netzwerk befasst sich mit der politischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Situation in Westpapua und trägt die Stimme der Papuas durch Bildung- und Öffentlichkeitsarbeit und durch Advocacyarbeit nach Deutschland. Bei den Mitgliedsorganisationen im Westpapua-Netzwerk handelt es sich um Menschenrechts-, Solidaritäts- und Umweltgruppen, um Partnerschaftskirchenkreise, Gemeinden und andere Organisationen der evangelischen und*

*katholischen Kirche. Journalisten, Wissenschaftler und andere Interessierte sind als Einzelpersonen im Netzwerk aktiv. Sie alle setzen sich auf unterschiedliche Art und Weise für Frieden und den Schutz der Menschenrechte in Westpapua ein.*

*<https://www.westpapuanetz.de/>*

*Die Vereinte Evangelische Mission (VEM) mit Hauptsitz in Wuppertal ist eine internationale, gleichberechtigte Gemeinschaft von 38 Kirchen in Afrika, Asien und Deutschland und den v. Bodenschwingschen Stiftungen Bethel. Die VEM unterstützt die Mitglieder unter anderem durch die Förderung von Entwicklungs-, Umwelt- und Friedensprojekten und leistet humanitäre Hilfe. Zur Verkündigung des Evangeliums gehört auch, die Lebensumstände notleidender Menschen zu verbessern und für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung einzutreten. <https://www.vemission.org>*